

# Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.  
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.  
Monatsbeilage:  
„Rund um den Geisingberg“.

## Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat  
1,25 RM. mit Zutrügen.  
Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-  
zelle oder deren Raum 20 Pf. die 86 mm breite  
Reklame- u. Eingekantzelle od. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.  
Druck und Verlag: H. A. Kuntzsch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kuntzsch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßkonto Altenberg 11

Nr. 42.

Donnerstag, den 11. April 1929.

64. Jahrg.

## Die Große Koalition ist gescheitert

— aber eine Übergangsregierung ist zustande gekommen.

Die Sozialdemokratie lehnt den Panzerkreuzerbau ab — Drei neue Zentrumsminister.

Die Verhandlungen über die Große Koalition, die so hoffnungsvoll beurteilt wurden, sind am Dienstag bedauerlicherweise an dem hartnäckigen Widerstande der Sozialdemokraten gescheitert. Wenn auch noch nicht die letzte Hoffnung geschwunden ist, so wird man vorläufig doch wohl damit rechnen müssen, daß die Große Koalition zunächst keinerlei Aussichten mehr besitzt.

In der Fraktionsitzung, die die Sozialdemokraten Dienstag nachmittag abhielten und die beinahe vier Stunden dauerte, hat die Fraktion trotz der Anwesenheit des Ministers Severing und trotz sehr deutlicher Mahnungen und Verwarnungen durch die anderen Parteien

mit 93 gegen 29 Stimmen beschlossen, auf ihrer bisherigen Haltung in der Panzerkreuzerfrage zu beharren.

Das bedeutet, daß die Sozialdemokraten auch die zweite Rate des Panzerkreuzers ablehnen und sich in dieser Frage nicht einmal mit Stimmhaltung begnügen wollen.

Am 18 Uhr fand dann beim Reichskanzler eine Parteiführerbesprechung statt, die fast drei Stunden dauerte. Zunächst wurde in der gemeinsamen Sitzung der Fraktionsbeschlüsse der Sozialdemokraten bekanntgegeben und daraufhin von bürgerlicher Seite festgestellt, daß die Koalitionsverhandlungen damit gescheitert sind, weil die größte Regierungspartei ein wichtiges Stück des Haushaltes nicht anzunehmen genehmigt ist und somit an einem entscheidenden Punkt den Boden der Einigung verläßt.

Dann fand eine Sonderbesprechung des Kanzlers mit den Sozialdemokraten und eine Sonderbesprechung der bürgerlichen Fraktionsvertreter untereinander statt, um sich über das weitere Verfahren klar zu werden.

## Einigung der Parteien, um eine Verabschiedung des Haushaltsplans zu ermöglichen.

Die gestrigen Verhandlungen, die vom Reichskanzler Müller zur Umbildung der Reichsregierung geführt wurden, waren von Erfolg gekrönt. Wenn es auch am Dienstag durch den ablehnenden Beschluß der Sozialdemokraten in der Panzerkreuzerfrage schien, als wenn der Reichsregierung nur der Rücktritt übrig bliebe, so ist man gestern doch noch zu einer Übergangsregelung gelangt. Diese besteht darin, daß die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei einstimmig eine Erklärung annahmen, die von der Reichsregierung beschlossen wurde. Diese Erklärung

## Streit der Gläubiger in Paris.

Die Deutschen warten ab.

Am Dienstag wurden die gemeinsamen Besprechungen der alliierten Sachverständigen in Gegenwart Owen Youngs fortgesetzt. Nach der Sitzung blieben die Hauptsachverständigen der einzelnen Abordnungen zusammen, um unter sich die Zahlenfrage zu erörtern. Die Arbeiten der alliierten Finanzsachverständigen betrafen insbesondere sowohl die Staffelung der deutschen Jahresleistungen als auch die Verteilung an die Gläubigerländer, ferner das Verhältnis der deutschen Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Obwohl selbst die französische Presse sich nunmehr zu der Einsicht bekehrt hat, daß von allen Seiten große Opfer gebracht werden müssen, um die Gesamtheit der alliierten Ansprüche in den Rahmen einer diskutablen Ziffer zusammen zu pressen, scheinen die tatsächlichen Fortschritte, die auf diesem Gebiete bisher gemacht worden sind, noch sehr gering zu sein. Jede der Delegatio-

nen ist natürlich der Auffassung, daß die andere damit beginnen müsse, ihre Forderungen auf das wirklich unerlässliche Maß herabzuschrauben, und da es kaum eine Delegation gibt, die nicht felsenfest davon überzeugt wäre, daß die Ansprüche der anderen an Wichtigkeit und innerer Berechtigung weit hinter ihren eigenen zurückstehen, so hat keine sich bisher entschließen können, den Anfang zu machen. Owen Young aber scheint sich in der ihm zugefallenen Rolle des Vermittlers und Schiedsrichters in dem Streit der Alliierten unter sich noch unbehaglicher zu fühlen als vorher zwischen den Gläubigern und dem Schuldner.

Es kann jedenfalls erwartet werden, daß bei Beendigung der Beratungen die Höhe der Reparationszahlungen etwas weniger als die Darlehenszahlungen von 2,5 Milliarden M. jährlich betragen werden. Dr. Schacht wird, sobald ihm das Programm der vier Gläubiger bekannt geworden sei, zu einer entscheidenden Beratung nach Berlin reisen.

zeichnet den Weg vor, der zur Erledigung des Haushaltes beschritten werden soll, und umschreibt die Verpflichtungen, die die Fraktionen zu dem oben erwähnten Zwecke eingehen. Für die Vereinbarung war also lediglich ein eng begrenzter Aufgabekreis maßgebend, und zwar handelt es sich im wesentlichen um die Verabschiedung des Haushaltes und um die Stellungnahme zum künftigen Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlungen.

Das Zentrum hat gestern abend in einer Fraktionsitzung drei Abgeordnete gewählt, die dem Kanzler für die Ergänzung des Reichskabinetts vorgeschlagen wurden. Es sind dies

Abg. v. Guérard für das Justizministerium, Abg. Stegerwald für das Verkehrsministerium und Abg. Dr. Wirth für das Ministerium der besetzten Gebiete.

Heute Vormittag hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstattet, und dieser wird heute die drei neuen Minister ernennen.

Damit ist die Krisis zunächst beseitigt, und am Montag wird die Beratung des auf der Ausgaben Seite erheblich gefürzten Haushaltsplanes im Hauptausschuß des Reichstages beginnen.

In der vom Kabinett beschlossenen Regierungserklärung, die den Beratungen der fünf Fraktionen zugrunde lag, heißt es u. a.: „Angesichts der außen- und innenpolitischen Lage und insbesondere im Hinblick auf die augenblicklich in Paris tagende Reparationskonferenz ist

eine aktionsfähige Regierung in Deutschland unabwendbare Erfordernis.

Die Reichsregierung wird daher ihre ganze Kraft daran setzen, daß die Grundlagen der deutschen Staatswirtschaft nicht erschüttert werden und deshalb insbesondere der Reichshaushaltplan 1929 alsbald im Reichstage zur Verabschiedung gelangt“.

Der Reichstag tritt am 22. April zusammen.

Reichstagspräsident Löbe hatte die nächste Sitzung des Reichstages auf Dienstag, den 16. April, nachmittags 3 Uhr, anberaumt. Auf der Tagesordnung standen verschiedene Abkommen mit fremden Staaten und andere kleine Vorlagen.

Wie die Post. Ztg. meldet, soll nun aber der Reichstag erst am 22. April zusammentreten, um dem Ausschuß genügend Zeit zur Durchberatung des Reichshaushaltplanes zu lassen.

## Umschau.

Eine Landvollliste bei der Landtagswahl. In einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Sächsischen Landbundes wurde beschlossen, für die bevorstehende Landtagswahl wieder wie bei der letzten Reichstagswahl eine eigene Vorschlagsliste des Sächsischen Landvolkes aufzustellen und durch eine Erklärung der Einheitsfront der bürgerlichen Parteien beizutreten. Es ist mit aller Sicherheit anzunehmen, daß die mit dieser Liste gewählten Abgeordneten ebenso wie im Reichstage sich der deutschnationalen Landtagsfraktion anschließen werden, der schon bisher die Landbündelführer angehörten.

Beschlüsse des Evang. Reichselternrates. Nachdem auf der Tagung in Breslau Oberstudienrat Glage-Neiterburg noch über sexuelle Jugenderziehung und Direktor Schwarz-Breslau über sexualpädagogische Pflichten der Eltern und einige andere Redner gesprochen hatten, nahm die Versammlung einige Entschlüsse zur Lehrerbildung und Schulpolitik an. Der Aufbau der Lehrerbildung in Preußen wird begrüßt und die Erwartung ausgesprochen, daß die anderen Länder sich anschließen werden. Ferner rechnet die evangelische Elternschaft auf Einhaltung des vor fast einem Jahre in einer Regierungserklärung erneut gegebenen Versprechens zur Reform der Schulgesetzgebung und erwartet eine ungefäurte Wiederaufnahme der Reichschulgesetzgebung. Zugleich legt sie Verwahrung ein gegen alle Versuche, durch Verwaltungsmassnahmen im Widerspruch mit der Reichsverfassung den Charakter unserer evangelischen Schulen anzutasten. Beim weiteren Auf- und Ausbau der Volksschule ist einer Überspannung des Berechtigungswezens entgegenzutreten. Zum Schluß des Elterntages fanden große Festgottesdienste und eine Kundgebung im Konzerthaus statt.

Streichung der Reichsbeihilfe für den Zeppelinbau. Im Reichshaushaltplan für 1929 ist der bisher vorgezogene Reichszuschuß für den Luftschiffbau Zeppelin in Höhe von 4 Millionen Mark, mit dessen Hilfe der Bau einer neuen Werfthalle ermöglicht werden sollte, gestrichen worden. Damit kommt auch zwangsläufig der Zuschuß des württembergischen Staates in Höhe von 2 Millionen in Wegfall. Dr. Edener erklärte darüber einem Vertreter des M.F.B.: „Die weitere Entwicklung des Luftschiffes ist damit in der Tat sehr ernstlich gefährdet, und ich befürchte, daß wir Zeppelinleute Hoffnungen zu Grabe tragen müssen, die zugleich solche weiterer Kreise des deutschen Volkes sind. Denn es ist der Zeppelingesellschaft, nachdem sie unter dem Druck der Friedensbedingungen fast verblutet war, ganz unmöglich, aus eigenen Mitteln neben einem neuen Luftschiff auch noch eine neue Werfthalle zu erbauen. Diese Werfthalle aber ist die Vorbedingung für den Bau der verbesserten Schiffstypen, die wir in Angriff genommen haben“.

Der Prozeß wegen der Beidenflether Unruhen. Am Dienstag begann in Izhoe der Prozeß wegen der Verhinderung der Pfändung zweier Ochsen in Beidenfleth am 19. November des Vorjahres. Angeklagt sind insgesamt 57 Personen, Hofbesitzer aus der Umgebung von Izhoe. Die Anklage lautet auf Aufruhr, Beamtennötigung, Pfandbruch, Pfandentziehung und Aufforderung zu diesem Vergehen. Da der Raum des Izhoeer Amtsgerichtes nicht ausreicht, findet die Verhandlung in dem Ständesaal des Rathauses statt. Der Anklage zugrunde liegt die Tatsache, daß, als am 19. November in Beidenfleth bei dem Landwirt Rühl und einem weiteren Landwirt wegen rückständiger Steuern zwei Ochsen gepfändet werden sollten, zahlreiche Bauern aus Beidenfleth und Umgebung, insgesamt etwa 200 Personen, die Beamten an der Ausübung des Auftrages dadurch hinderten, daß sie durch brennende Strohbündel das Vieh schen machten und die entlaufenen Ochsen fortzutreiben versuchten. Es kam zu Bedrohungen der Beamten, sodaß eine große Abteilung Landespolizei herbeigerufen wurde, die das Fortschaffen des Viehs sicherte. Dabei kam es in Izhoe zu neuen Ausschreitungen und schließlich auch auf dem Hamburger Schlachtviehhof, wo die Ochsen verkauft werden sollten.

Die Amtseinführung des neuen Oberpräsidenten von Oberschlesien. Die Verabschiedung des Oberpräsidenten von Oberschlesien, Dr. Proste, und die Einführung seines Nachfolgers Dr. Lufschied vollzog sich am Dienstag in Oppeln. Zunächst hielt Minister Erzsefnst